

VR *International*

AUSLANDSGESCHÄFT. EINFACH MACHEN!



Lieferketten rechtssicher managen

6 LÄNDERSTECKBRIEF
SÜDKOREA

5 SERIE „PRAXISWISSEN
AUSLANDSGESCHÄFT“

11 PRODUKTIONSSTANDORT
MEXIKO GEFRAGT

EU-Richtlinie: Darauf müssen Lieferanten jetzt achten

Nachdem auch die Europäische Union eine Lieferkettensichtlinie beschlossen hat, ist es wichtig, die Unterschiede zum deutschen Lieferkettengesetz zu kennen. Mit der neuen Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) wird in der EU ein „nachhaltiges und verantwortungsvolles unternehmerisches Verhalten entlang aller globalen Wertschöpfungsketten“ gefordert. Was ändert sich konkret?

Unternehmen sollen negative Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf die Menschenrechte und auf die Umwelt ermitteln und verhindern oder zumindest vermindern. Ein umstrittener Ansatz. Während es für Menschenrechtsor-

ganisationen nicht weit genug geht, sehen Wirtschaftsverbände darin vor allem Wettbewerbsnachteile und ein Bürokratiemonster. „Das Ergebnis ist kein Sieg für die Menschenrechte, sondern ein Sieg für die Bürokratie“, erklärt der Präsident des Bundesverbands Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), Dirk Jandura. Und nicht selten wird angezweifelt, ob dieses Gesetz überhaupt dazu beiträgt, dass die Umwelt geschont und die Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Im Alltag haben sich hilfreiche IT-Tools bewährt, um den gesetzlichen Anforderungen nachzukommen. Wir ziehen eine erste Bilanz und geben eine Reihe praktischer Tipps.

Die EU will mit der neuen Richtlinie sicherstellen, dass bei der Produktion von in Europa verkauften Waren auch in Drittstaaten keine Kinderarbeit zum Einsatz kommt oder die Umwelt verschmutzt wird. Das Europäische Parlament muss der Vorlage zwar noch zustimmen, dies gilt aber als sicher. Deutschland enthielt sich bei der Abstimmung, was faktisch wie ein Nein zählt. Doch durch die Zustimmung Italiens kam eine Mehrheit zustande – für viele Experten überraschend. Die FDP hatte Anfang des Jahres ihre Unterstützung für das EU-Gesetz zurückgezogen, sodass sich die Ampelkoalition enthielt. Auch Wirtschaftsverbände befürchten mehr Bürokratie und rechtliche Risiken.

Pro und Contra Lieferkettengesetz

Dem widerspricht Antje von Dewitz. „Europa braucht ein starkes Lieferkettengesetz“, sagt die Geschäftsführerin von Vaude, einem Familienunternehmen aus Baden-Württemberg, das auf Outdoor-Bekleidung spezialisiert und für nachhaltiges Handeln bekannt ist. „Verantwortung für die gesamte Lieferkette muss verbindlich werden, um faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und unternehmerische Verantwortung als Standard zu etablieren.“

Die engagierte Unternehmerin betont, dass es möglich sei, Verantwortung in der Lieferkette zu übernehmen und gleichzeitig wirtschaftlich erfolgreich zu sein.

Was kommt auf die Unternehmen zu?

Der Brüsseler Gesetzentwurf ist eine stark abgeschwächte Version des einst geplanten EU-Lieferkettengesetzes. Zunächst sollte es bereits für Unternehmen ab 500 Beschäftigten mit einem globalen Umsatz von mehr als 150 Millionen Euro im Jahr gelten. Der neue Entwurf gilt nun für Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten. Die jährliche Umsatzschwelle liegt bei 450 Millionen Euro. Einschränkungen gab es bei den Sorgfaltspflichten für die nachgelagerte Lieferkette. So wurden einzelne Bereiche wie Entsorgung, Demontage oder das Recycling von Produkten komplett ausgeschlossen. Das bedeutet, dass Unternehmen bei diesen Tätigkeiten keine Risiken und Schäden erkennen und darauf reagieren müssen. Nachgelagerte Aktivitäten wie Vertrieb,

Transport und Lagerung müssen im Rahmen der Sorgfaltspflichten betrachtet werden, wenn sie im Auftrag des Unternehmens erfolgen. Wichtig: Dabei müssen jedoch nur die direkten und nicht die indirekten Geschäftsbeziehungen in den Blick genommen werden.

Weiterhin gilt aber: Die betroffenen Unternehmen müssen einen Plan erstellen, der sicherstellt, dass ihr Geschäftsmodell und ihre Strategie mit dem Pariser Klimaschutzabkommen vereinbar sind. Allein der Finanzsektor ist zunächst von den Vorgaben ausgeschlossen worden. Eine entscheidende Änderung gegenüber dem deutschen Gesetz ist, dass Betroffene von Menschenrechtsverletzungen Unternehmen unter bestimmten Voraussetzungen auf Schadenersatz verklagen können.

Prof. Markus Kaltenborn, Direktor des Instituts für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik an der Ruhr-Universität Bochum, ist überzeugt: „Insbesondere in den Ländern des Globalen Südens sind mangelnder Arbeitsschutz, Hungerlöhne und Diskriminierung am Arbeitsplatz leider immer noch Massenphänomene, die im klaren Widerspruch zu menschenrechtlichen Kernanliegen stehen. Mithilfe der neuen Richtlinie können hier wesentliche Verbesserungen erreicht werden.“

Eine Allianz europäischer Konzerne von Aldi über Ikea bis hin zu Unilever und Hapag-Lloyd begrüßten die EU-Regelung. „Insbesondere für deutsche Unternehmen, die das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz einhalten, bedeutet eine europaweite Regelung, dass Wettbewerbsvorteile auf Kosten von Mensch und Umwelt unterbunden werden“, hieß es von den Unternehmen.

Ganz ähnlich sieht es auch die Hans-Böckler-Stiftung. Laut einer neuen Studie erfüllen bereits gut zwei Drittel der großen Unternehmen heute im Wesentlichen auch die EU-Anforderungen. Zum anderen würden deutsche Unternehmen davon profitieren, dass gleiche Spielregeln in ganz Europa gelten.

Kritik hagelt es von den Verbänden

Aus Sicht von BDI-Präsident Siegfried Russwurm beruht die EU-Richtlinie auf wirklichkeitsfremden Vorstellungen undbürdet Unternehmen uneinlösbare Pflichten auf, die einen enormen bürokratischen Aufwand verursachen. Er befürchtet, dass sich Unternehmen aufgrund rechtsunsicherer Bestimmungen und dadurch drohender Sanktions- und Haftungsrisiken aus wichtigen Drittländern zurückziehen.

LkSG und wie die Unternehmen damit umgehen

Vor einem Jahr ist das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) in Kraft getreten, das die Unternehmen verpflichtet, ihre Lieferketten systematisch auf Ausbeutung oder Zwangsarbeit zu durchleuchten. Anfangs galt es für Unternehmen mit 3.000 Beschäftigten, seit Anfang des Jahres fallen auch Unternehmen mit 1.000 Mitarbeitenden darunter – unabhängig vom Umsatz. Doch von Anfang an waren auch kleinere Unternehmen davon betroffen. Der Grund: Betriebe, die unter die Regelung fallen, müssen darauf achten, dass die Sorgfaltspflichten sowohl im eigenen Geschäftsbereich als auch bei ihren Zulieferern eingehalten werden. Große Unternehmen geben die an sie gestellten Vorgaben daher als Anspruch an ihre Lieferanten weiter.

Welche Herausforderungen damit verbunden sind, erläutert DIHK-Präsident Peter Adrian mit Beispielen aus seinem eigenen Unternehmen: „Wir liefern Maschinen an große Unternehmen, die von uns erwarten, dass wir die Vorgaben einhalten. Wir haben allein schon 157 Vorlieferanten, von denen wir wiederum Produkte beziehen, bei denen wir dann die Einhaltung der Standards von Beginn an überprüfen müssen. Das ist teilweise schier unmöglich, das funktioniert nicht.“

Eine Ansicht, die viele Unternehmen teilen. Bei einer BDI-Umfrage, an der knapp 400 Unternehmen teilnahmen, gaben 92 Prozent der unter das Gesetz fallenden Betriebe an, der bürokratische Mehraufwand sei „hoch“ oder sogar „sehr hoch“. Auch 88 Prozent der meist mittelständischen Unternehmen, die nur indirekt vom LkSG betroffen sind, sehen sich danach einer „sehr hohen“ oder „hohen“ Belastung gegenüber. Knapp jedes vierte direkt vom Gesetz betroffene Unternehmen reduziert die Anzahl seiner Zulieferer. 14 Prozent prüfen gar einen Rückzug aus risikoreichen Ländern. 77 Prozent der Unternehmen geben an, dass das Gesetz ihre Attraktivität im Ausland reduziert.

Zwar würden Unternehmen Nachhaltigkeit in den Lieferketten befürworten. Angesichts der Größe der Herausforderung sei es aber falsch, die Aufgabe des Schutzes von Menschenrechten und Umwelt von der zwischenstaatlichen Ebene vorrangig auf Unternehmen zu verlagern.

Ablehnung erntet die Richtlinie auch beim Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA). „Das Ergebnis ist kein Sieg für die Menschenrechte, sondern ein Sieg für die Bürokratie“, erklärte der Präsident des Außenhandelsverbandes, Dirk Jandura. Wettbewerbsfähigkeit lasse sich nicht steigern, indem eine schlechte Regelung auf ganz Europa ausgeweitet wird. „Der reduzierte Anwendungsbereich hilft dem Mittelstand bei der Weiterreichung von Berichtspflichten innerhalb der Lieferketten wenig. Eine einheitliche digitale Lösung, die alle Berichtspflichten vereint, ist nicht in Sicht.“

Vor allem die geplante Sanktionsstrafe in Höhe von 5 % des globalen Nettoumsatzes, gepaart mit der zivilrechtlichen Haftung für mittelbare Zulieferer, erweitere den Druck auf die betroffenen Unternehmen, so Jandura. „Wir befinden uns mitten in der Rezession und in einem globalen Wettrennen um Marktzugänge, Lieferketten und Rohstoffe. Die Unternehmen stehen unter einem enormen wirtschaftlichen Druck. Wer nun eine solche Zusatzregulierung beschließt, hat wenig von wirtschaftlichen Zusammenhängen begriffen“, so der BGA-Präsident.

„Auch wenn Anforderungen an die menschenrechtliche Sorgfalt auf den ersten

Blick überfordernd wirken können, ist es auch KMU möglich, diese umzusetzen“, sagt Katharina Hermann. Die Juristin leitet den Helpdesk „Wirtschaft & Menschenrechte“, eine Einrichtung der Bundesregierung, die Unternehmen kostenfrei bei der Umsetzung des LkSG unterstützt. Dazu gehört auch ein „CSR Risiko-Check“, der sich an Unternehmen richtet, die aus dem Ausland importieren oder Produktionsstätten im Ausland haben. Das Online-Tool ermöglicht einen Überblick über potenzielle CSR-Risiken entlang der Lieferkette (www.mvorisicochecker.nl/de).

Unterstützung und IT-Tools

Hermann: „Mit einer strukturierten Herangehensweise lassen sich entsprechende Prozesse mit angemessenem zeitlichem und finanziellem Aufwand umsetzen.“ Die gute Nachricht: „Nicht für jedes identifizierte Risiko ist ein umfangreiches Paket an Maßnahmen nötig. Das Lieferkettengesetz enthält keine Erfolgspflicht, sondern eine Bemühenspflicht“, sagt Hermann.

Mit der Einführung des Gesetzes haben auch IT-Unternehmen, die Lösungen für das Nachhaltigkeitsmanagement in der Lieferkette oder auch Risiko- und Nachhaltigkeitsmonitoring anbieten, Hochkonjunktur. Dazu gehört unter anderem das Institut Fresenius (www.sgs-institut-fresenius.de), ein führendes Prüf-, Inspektions- und Zertifizierungsunternehmen. Es hat ein Tool entwickelt,

das einen einfachen und umfassenden Überblick über die Leistung der Lieferanten in Bezug auf Umwelt- und Menschenrechtsaspekte liefern soll. Mit Hilfe von individuell anpassbaren Dashboards bietet es nach Angaben des Instituts einen Überblick über das Risiko der eigenen Lieferanten in den einzelnen Umwelt- und Menschenrechtskategorien und ermöglicht zudem ein Benchmarking verschiedener Lieferanten. Damit sollen sowohl die Anforderungen des deutschen Lieferkettengesetzes als auch die der CSDDD erfüllt werden.

Auch Unternehmensberatungen wie PwC haben den Markt entdeckt. Sie bieten die Software „Check Your Value Chain“ an. Mit dem cloud-basierten Tool sollen Unternehmen Risiken in ihren Lieferketten identifizieren und bewerten können. Die gesamten Anforderungen aus dem LkSG und der CSDDD würden sich damit in einem „systemischen und reversionssicheren End-to-End-Prozess“ abbilden lassen. Kern des Tools ist nach Angaben von PwC eine umfassende und automatisierte Risikoanalyse des Geschäftspartnerportfolios. Damit sollen sich risikobehaftete Geschäftspartner leicht und einfach identifizieren lassen.

„Mit unserer Software unterstützen wir Unternehmen dabei, die gesetzlichen Pflichten mit überschaubarem Aufwand umzusetzen und die Prozesse transparent zu gestalten“, so Dr. Jan Joachim Herrmann von der Procurement & Sustainable Supply Chain bei PwC Deutschland.



Weitere Beschleunigung der Exportkontrolle

Das Bundeswirtschaftsministerium hat jetzt ein drittes Maßnahmenpaket zur Beschleunigung und Optimierung der Exportkontrolle erlassen. Die Zuständigkeiten des BAFA wurden erweitert, um die Genehmigungsverfahren weiter zu vereinfachen und vor allem zu verkürzen. Das Instrument der Allgemeinen Genehmigung (AGG) wurde erweitert.

Das BAFA hat bereits jetzt erhebliche, genau definierte Entscheidungsbefugnisse in der Exportkontrolle, die es ohne Beteiligung des Wirtschaftsministeriums für die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen ausüben kann. Diese Befugnis-

se werden nunmehr nochmals erweitert. Verfahren werden gestrafft und – wo möglich – vereinfacht. Zusätzlich werden die Meldepflichten der Exporteure reduziert und das bestehende AGG-Instrument angepasst und erweitert.

AGGs sind pauschale Ausfuhrgenehmigungen für Güter, die von Exporteuren in Anspruch genommen werden können, ohne beim BAFA einen Ausfuhrantrag stellen zu müssen. Sie gelten für den unkritischen, gleichwohl genehmigungspflichtigen Export ausgewählter Güter in bestimmte Länder. Diese bereits bestehende Möglichkeit wird jetzt auf der

Grundlage von Rückmeldungen aus der Praxis in Details angepasst und erweitert. Sämtliche AGGs werden zudem bis zum 31. März 2025 verlängert.



Weitere Informationen:
www.bmwk.de



Erstmals Business Forum der EU in Jordanien

Am 11. Juni 2024 findet in der jordanischen Hauptstadt Amman das erste EU-Jordan Business Forum statt. Sektorale sollen bei dieser Veranstaltung neben den Branchen Energie und IT vor allem Unternehmen aus den außenwirtschaftlich wichtigsten Industrien Jordaniens angesprochen werden.

Unter dem Motto „Digital & Green Jordan: Pioneering the Future of Business“ kommen im Four Seasons Hotel in Amman Akteure aus der Wirtschaft der EU und des Gastgeberlandes zusammen. Inhaltlich im Vordergrund stehen dabei die Themen Nachhaltigkeit, Digitalisierung

und Wettbewerbsfähigkeit der jordanischen Exportwirtschaft.

Zielgruppe sind neben den Bereichen Energie und IT vor allem Unternehmen aus den drei wichtigsten Exportbranchen Jordaniens: Textilien, Pharmazeutika und Nahrungsmittelverarbeitung. Auf sie allein entfielen zuletzt etwa die Hälfte aller jordanischen Güterausfuhren.

Das Forum wird gemeinschaftlich organisiert vom Botschafter der EU in Jordanien, Pierre-Christophe Chatzisavas, sowie der jordanischen Investitionsministerin, Kholoud Al-Saqqaf. Die Ministerin erhofft sich von der Veranstaltung

eine Belebung der Investitionstätigkeit europäischer Unternehmen. Die ausländischen Direktinvestitionen erreichten zuletzt 1,2 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Damit liegen sie zwar etwa doppelt so hoch wie in den Pandemie-Jahren zuvor, aber deutlich unter Al-Saqqafs selbst gestecktem Ziel von 5 Milliarden Euro pro Jahr.

Weitere Informationen:
www.eeas.europa.eu



Neue Märkte – Neue Chancen: Albanien

Tourismus und IT boomen in Albanien. Das Land bietet aber auch in anderen Bereichen wie der Infrastruktur oder bei erneuerbaren Energien attraktive Geschäftschancen. Die jetzt in der Reihe „Neue Märkte – Neue Chancen“ erschienene Ausgabe zu Albanien ist als Wegweiser für deutsche Unternehmen in diesen aufstrebenden Markt gedacht. Die Publikation bietet Einblicke in die Wirtschaftsstruktur des Landes und

stellt interessante Branchen und Sektoren vor.

Dabei erhalten Unternehmen auch praktische Tipps zum Geschäftsalltag in Albanien, zu Investitionschancen und -risiken sowie zu Förder- und Beratungsmöglichkeiten. Abgerundet wird die Broschüre durch Informationen zum Einfuhrverfahren sowie durch wichtige Kontaktadressen in Albanien und in Deutschland.

Die Broschüre ist eine Gemeinschaftspublikation der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), der Delegation der Deutschen Wirtschaft für Nordmazedonien, Albanien und Kosovo und von Germany Trade & Invest (GTAI).

Weitere Informationen:
www.gtai.de



DZ BANK erneut zu einer der führenden Banken für Exportfinanzierungen gekürt

Bei der Exportfinanzierung spielt die DZ BANK in der ersten Liga mit. Sie erhielt jüngst zwei der renommierten TXF Export Finance Deals of the Year für das Jahr 2022. TXF Media, der international führende Informations- und Datenanbieter für Exportfinanzierungen, kürt mit dem TXF-Award jedes Jahr Banken und Exportkreditversicherer, die besondere Leistungen erbracht haben oder innovative Projekte unterstützen.

Serie Praxiswissen Auslandsgeschäft: Akkreditivanspruch bei früher akzeptierten gleichartigen Abweichungen?

Die bei einem Akkreditiv vorzulegenden Dokumente müssen mit dem Wortlaut der Akkreditivbedingungen übereinstimmen. Ist eine Bank, die den Verzicht eines Akkreditivauftraggebers bei Abweichungen der vorgelegten Dokumente akzeptiert hat, verpflichtet, gleiche Abweichungen bei einem später zugunsten desselben Begünstigten eröffneten Akkreditiv zu akzeptieren?

Die Volksbank Überall e.G. eröffnete im Auftrag ihres Kunden ein Akkreditiv zugunsten der As Usual Ltd. Während in der Handelsrechnung und der Packliste jeweils ein Bruttogewicht von 100 kg und ein Nettogewicht von 99 kg angegeben waren, wies das Konnossement ein Bruttogewicht von 500 kg und ein Nettogewicht von 490 kg aus, woraus sich ein Übergewicht von 391 kg ergab. Hintergrund hierfür war die Lieferung – zusammen mit anderen Waren – in ein Zolllager. Neun vorangegangene Akkreditive zugunsten desselben Begünstigten mit gleichartigen Abweichungen waren nach Einholung eines Verzichts auf Geltendmachung der Unstimmigkeiten bei dem Auftraggeber eingelöst worden. Der Begünstigte verlangt daher jetzt wieder Zahlung unter dem Akkreditiv. Zu Recht?

Grundsatz der Dokumentenstrenge

Im Akkreditivgeschäft gilt der Grundsatz der Dokumentenstrenge. Danach müssen die Banken die Dokumentenvorlage prüfen, um allein aufgrund der Dokumente zu entscheiden, ob diese ihrer äußeren Aufmachung nach eine „konforme Dokumentenvorlage“ zu bilden scheinen. Eine solche ist gegeben, wenn sie mit den Akkreditivbedingungen, den anwendbaren Bestimmungen der Einheitlichen Richtlinien und Gebräuche für Dokumentenakkreditive und dem Stan-

dard der internationalen Bankpraxis in Übereinstimmung steht. Nur eine streng konforme Dokumentenvorlage führt grundsätzlich zu einer Honorierungspflicht der Banken.

Ausnahmen hiervon im Sinne einer substantiellen Übereinstimmung werden jedoch immer wieder anerkannt. Warum denn nicht auch hier, da sich die Abweichungen doch aufgrund der Lieferung in ein Zolllager leicht erklären lassen?

Wir setzen unsere Serie mit neuen Folgen fort!

Hört sich nicht schlecht an. Aber kommt der Akkreditivbegünstigte mit dieser Begründung wirklich durch? Schließlich kann die Bank das Konto des Akkreditivauftraggebers nicht mit dem gezahlten Akkreditivbetrag belasten, wenn dieser berechtigterweise einwenden könnte, die Bank hätte das Akkreditiv nicht einlösen dürfen. Wie ist die Rechtslage?

Präzedenzfall maßgebend?

Nach gefestigter Auffassung der ICC-Bankenkommission, deren Entscheidungen allgemein akzeptiert werden, verpflichtet die Tatsache, dass eine Bank in der Vergangenheit abweichende Dokumente mit oder ohne Verzichtserklärung des Akkreditivauftraggebers akzeptiert hat, diese grundsätzlich nicht dazu, eine gleiche Abweichung bei nachfolgenden Akkreditiven ebenfalls zu akzeptieren. Nicht selten argumentieren Akkreditivbegünstigte bei Unstimmigkeiten jedoch, dass diese aufgrund der Natur des Grundgeschäfts unbeachtlich seien. In einem vergleichbaren Fall stellte sich der Akkreditivbegünstigte bei Lieferungen in ein Zolllager auf den Standpunkt, dass sich abweichende Gewichts- und Mengenangaben zwischen dem Konnos-

sement und der Handelsrechnung oder der Packliste aus der Natur des Grundgeschäfts ergeben könnten und daher nicht relevant seien. Banken können und brauchen die Natur des Grundgeschäfts und die mangelnde Relevanz der Abweichungen im Grundgeschäft jedoch nicht zu bewerten. Die eingeschaltete ICC-Bankenkommission kam demgemäß zu dem Ergebnis, dass die eröffnende Bank nur verpflichtet sei, ausschließlich solche Dokumente unter einem Akkreditiv einzulösen, die mit den Akkreditivbedingungen übereinstimmen. Abweichungen in Bezug auf Menge und Gewicht in Dokumenten seien jedoch nicht akkreditivkonform. Auf einen Vertrauensstatbestand konnte sich der Akkreditivbegünstigte danach somit nicht berufen. Die Entscheidungsgründe der ICC-Bankenkommission beziehen sich keinesfalls nur auf den hier vorliegenden oder einen ähnlichen Sachverhalt; vielmehr sind sie verallgemeinerungsfähig.

Welche Lehren können denn nun daraus gezogen werden? Wichtig ist es, dass sich die Beteiligten des Grundgeschäfts bereits in dem Liefervertrag – ggf. nach vorheriger Abstimmung mit der Akkreditivbank – über die genauen Bedingungen des Akkreditivs einigen, die anschließend den Inhalt des Akkreditivauftrags bilden. Dann gilt wieder: „Et hätt noch immer jot jeje.“

Autor

Klaus Vorpeil ist Rechtsanwalt bei Neussel KPA Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB Kaufmannshof 1 55120 Mainz Tel.: 06131 62 60 80 Vorpeil@neusselkpa.de www.neusselkpa.de



Nutzen Sie die App „VR International“:

Zu vielen Fachbegriffen – zum Beispiel Akkreditiv, Inkasso, Garantien und Währungsabsicherung – gibt es informative Erklärvideos.



Südkorea

Die Republik Korea ist gefühlt ein Inselstaat und grenzt im Westen ans Gelbe Meer, im Süden an die sogenannte Koreastraße und im Osten ans Japanische Meer. Nach Norden hin folgt tatsächlich natürlich kein Wasser, sondern Festland – und zwar das hermetisch abgeriegelte Nordkorea, dazwischen liegt eine rund 240 Kilometer lange entmilitarisierte Zone. Mehr als zwei Drittel Südkoreas sind gebirgig. Die fast 52 Millionen Einwohner wohnen überwiegend in Städten. Allein die Hälfte lebt im Großraum Seoul und Incheon. Die Hauptstadt und ihr Speckgürtel sind auch das politische und wirtschaftliche Kraftzentrum. Nicht nur der geografische Gegenpol liegt im Südwesten, wo rund um die Städte Ulsan, Busan und Daegu die Schwerindustrie beheimatet ist. Wie nur wenige Länder auf der Welt hängt die viertgrößte Volkswirtschaft Asiens vom Außenhandel ab. Dies ist Fluch und Segen zugleich.

Politische Lage

Südkorea ist eine der demokratischsten Staaten Asiens. Das politische System ist mit dem Deutschlands durchaus vergleichbar. Der Präsident wird allerdings direkt vom Volk gewählt, darf nur eine (fünfjährige) Amtsperiode bleiben und hat mehr Befugnisse als der Bundespräsident. Die Parlamentswahlen finden wie hierzulande alle vier Jahre statt. Die amtierende Regierung betrieb ein wirksames Corona-



Krisenmanagement, wenn auch mit teils drastischen, die Freiheit einschränkenden Maßnahmen. Im März 2022 setzte sich als 20. Präsident Südkoreas der rechts-konservative Yoon Suk-yeol durch. Er folgte auf Moon Jae-in und steht für eine härtere Haltung gegenüber Nordkorea. In den letzten Jahren haben sich in Südkorea liberale und konservative Präsidenten die Klinke in die Hand gegeben. Bei den erst im April stattgefundenen Parlamentswahlen haben sich die Liberalen klar durchgesetzt. Die Halbinsel Korea hat eine 1.300-jährige gemeinsame Geschichte, auch die gleiche

Sprache mit eigenem Alphabet, ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs aber geteilt. Zuvor war Korea von Japan besetzt. 1945 erhielten dann die USA und die Sowjetunion als siegreiche Staaten den umstrittenen Zugriff auf Korea, das sich selbst verwalten wollte. Die Teilung in einen Nord- und einen Südstaat erfolgte entlang des 38. Breitengrades. Beide Nationen erklärten sich schon 1948 für unabhängig, ehe die Besatzungsmächte abzogen. Kurz darauf brach der Koreakrieg aus. Seit dessen Ende 1953 befinden sich beide Teile offiziell in einem Waffenstillstand. Doch die Beziehungen zwischen den beiden Staaten gelten als sehr angespannt. Nach wie vor sind rund 30.000 US-Soldaten in Südkorea stationiert, im März führten beide Länder wieder gemeinsam ihr Militärmanöver „Freedom Shield“ durch, das beispielsweise Übungen zum Abfangen von Raketen umfasst.



Incheon ist nach Seoul und Busan die drittgrößte Stadt Südkoreas und mit dem internationalen Flughafen ein Drehkreuz Ostasiens.

Die fünf größten Geschäftsbanken

- KB Financial Group
- Shinhan Financial Group
- NongHyup Financial Group
- Hana Financial Group
- Woori Bank

Quelle: DZ BANK

Ende letzten Jahres hatte zunächst die südkoreanische Regierung angekündigt, das seit 2018 mit Nordkorea geltende Abkommen zum Abbau militärischer Spannungen zumindest teilweise auszusetzen – als Reaktion auf den Abschuss eines Spionagesatelliten durch Nordkorea. Daraufhin kündigte der Norden das Abkommen komplett – verbunden mit der Drohung, mehr Streitkräfte mit besserer Ausstattung an der Grenze zum Süden zu stationieren. Nordkorea hat unter Machthaber Kim Jong-un in jüngster Zeit sein Arsenal an Kurz-, Mittel- und Langstreckenraketen und mutmaßlich auch an Atomwaffen immer weiter ausgebaut. Mitte Januar dieses Jahres kündigte Nordkorea zudem an, mehrere Behörden unmittelbar abzuschaffen, die für Dialog und Kooperation mit Seoul zuständig waren. Kim Jong-un macht Südkorea und die USA für die wachsenden Spannungen in der Region verantwortlich. Zwischen 1961 und 1979 herrschte auch in Südkorea ein Militärregime, bis schließlich ein Attentat auf den damaligen Präsidenten Park Chung-hee verübt wurde. Die Demokratiebewegung in Südkorea erreichte 1980 ihren Höhepunkt mit dem Gwangju-Aufstand, der sich gegen die Militärjunta und das verhängte Kriegsrecht richtete. In den Folgejahren entstand eine lebendige Demokratie, während der Olympischen Sommerspiele 1988 in Seoul gab sich das Land überaus weltoffen. Gleichzeitig zwingt es seine geografische Lage, keine allzu großen Spannungen mit mächtigen Nachbarländern wie China oder Russland entstehen zu lassen. Wirtschaftlich ist das kleine Südkorea selbst eine der größten Volkswirtschaften auf der Welt – und hat Nordkorea um Mondjahre abgehängt. Es ist Mitglied der G-20-Staaten und war zuletzt regelmäßig als Gast bei NATO-Treffen dabei. Seit 1992 unterhält das Land auch diplomatische Beziehungen zu China. Seit 2004 ist die Volksrepublik, die auch Nordkorea verbunden ist, zugleich wichtigster Handelspartner Südkoreas. Japan hat man sich in jüngerer Zeit ebenfalls wieder verstärkt angenähert, obgleich es viele Streitfragen um gegenseitige Anerkennungen und historische Dispute gibt. Im vergangenen Jahr kam es zu einer friedvollen Umarmung zwischen Yoon Suk-yeol und Japans Ministerpräsidenten Fumio Kishida beim Gipfel der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft. Dort kündigte man auch Kooperationen an, um gemeinsam

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

(in Prozent)

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (real)	Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)	Haushaltssaldo (BIP)
2021	4,3	2,5	0,0
2022	2,6	5,1	-1,6
2023p	1,5	3,4	-1,2
2024p	2,2	2,3	-0,9

p = Prognose

Quellen: Germany Trade & Invest, Internationaler Währungsfonds

Entwicklungen in der Außenwirtschaft

(in Mio. USD)

Jahr	Leistungsbilanzsaldo	Direktinvestitionen (netto)	Währungsreserven (ohne Gold)
2019	59.680	9.600	397.200
2020	75.900	8.800	437.500
2021	85.230	16.800	429.500
2022	29.830	-48.400	447.700

Quellen: Germany Trade & Invest, Internationaler Währungsfonds

grüne Technologien, Quantencomputer und andere Innovationen zu entwickeln.

Wirtschaftsstruktur

Durch Kriege und Kolonialmächte wurde Südkorea auf dem Weg zu einer wirtschaftlichen Großmacht immer wieder teils weit zurückgeworfen. Vor allem auf dem Land herrschten zudem lange feudale Strukturen vor, was aufgrund der Ineffizienz zu Ernährungskrisen in dem kleinen Staat führte. Als die Landwirtschaft in den 1960er- und 70er Jahren im großen Stil reformiert wurde und in den Agro-Techniken beachtliche Fortschritte verzeichnet worden sind, kamen auch die unzähligen Kleinstbetriebe auf dem Land zu Wohlstand. Früher wie heute ist Reis das wich-

tigste Anbau- und Ernährungsgut. Es wird auf rund 80 % aller Felder angebaut.

Ausgerechnet eine Militärdiktatur bahnte der Industrialisierung Südkoreas ab 1961 den Weg. Im gleichen Jahr wurden meist familiengeführte Mischkonzerne wie Samsung, Hyundai, Daewoo oder SK gegründet – mithilfe großer verstaatlichter Banken. Zunächst produzierte und exportierte man noch Billigwaren, etwa Textilien, Radios, Fernseher und günstige Autos. Mitte der 1970er Jahre überholte der Süden dann Nordkorea, das nach dem Krieg durch die kommunistische Unterstützung zunächst erfolgreicher gewesen war.

In der Republik Korea werden fast schon traditionell erfolgreiche Produkte aus dem Ausland imitiert, schnell im großen Stil produziert und günstiger in alle Welt verkauft.



Seit Südkorea 1976 erstmals mit dem Export von Autos begann, hat sich die Automobilindustrie in einem rasanten Tempo entwickelt.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Südkorea (in Mio. EUR)

Jahr	Deutsche Ausfuhr	Deutsche Einfuhr	Saldo
2020	17.253	11.308	5.945
2021	18.733	12.629	6.104
2022	21.527	13.375	8.152
2023	20.421	13.351	7.070

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Außenhandel, Fachserie 7

Mit den hohen Einnahmen aus dem Exportgeschäft baute Südkorea dann auch eine Hightech-Industrie im Land auf, die bis heute in großen Teilen weltweit absolut wettbewerbsfähig ist – etwa bei Smartphones, Waschmaschinen, Autos und Schiffen.

Die Werften gerieten vor knapp zehn Jahren in eine Krise, als die Chinesen diesen Industriezweig für sich entdeckten. Doch davon erholten sie sich wieder. Nach wie vor werden in den Werften von Pusan oder Ulsan etwa ein Drittel aller Schiffe und zwei Drittel aller Gas-Tanker weltweit gebaut, die Autoindustrie ist die global fünfgrößte. Auch in der Chemie und Petrochemie mischt das Land vorne mit.

Kein Wunder also, dass das verarbeitende Gewerbe das Rückgrat der heimischen Wirtschaft bildet. Ihr Anteil an der Bruttowertschöpfung liegt bei knapp 30 %, ein im internationalen Vergleich hoher Wert. Hinzu kommt, dass die Arbeitsplätze sehr hochwertig sind, da mit viel Kapital und Know-how ausgestattet.

So kommt Südkorea im Industriesektor im globalen Vergleich auf die höchste Roboterdichte. Bei Chips, Klimaanlage und Kühlschränken kommt man kaum an der viertgrößten Volkswirtschaft Asiens vorbei. Weil die Lohnkosten mittlerweile sehr hoch sind, lassen viele südkoreanische Unternehmen allerdings verstärkt im Ausland produzieren.

In puncto leistungsfähiger IT-Infrastruktur macht dem Land ebenfalls kaum jemand etwas vor. Schon 2028 will man das global als erstes funktionierende 5G-Netz durch 6G abgelöst haben. Bei Batteriechemikalien, Biopharmazeutika und autonomem Fahren ist Südkorea ebenso in puncto Innovationen sehr gut aufgestellt. Das liegt sicherlich auch daran, dass das Land knapp 5 % seiner Wirtschaftsleistung in F&E investiert. Das wird weltweit nur noch von Israel (5,6 %) getoppt. Auf eine Million

Einwohner kommen in Südkorea demnach 8.700 Forscher.

Der asiatische Staat war in der Vergangenheit auch gezwungen, innovativ zu sein. Denn ähnlich wie Deutschland hat er kaum Bodenschätze, etwa keine nennenswerten Erdöl-, Kohle- oder Eisenerzvorkommen. Daher ist Südkorea auf Rohstoffimporte angewiesen. In Sachen Energieversorgung setzt man derzeit vor allem auf Kernkraft, Gas und Erneuerbare.

Der Dienstleistungssektor trägt wie in den meisten entwickelten Volkswirtschaften mehr als die Hälfte zum BIP bei. Neben

ein jähes Ende fand. Auch die Zinserhöhungen der großen Nationalbanken – die Bank of Korea hatte die Zinsen in Reaktion auf die hochschießende Inflation bis Januar 2023 auf 3,5 % hochgeschraubt – sowie der Ukraine-Krieg hinterließen ihre Spuren. Zuletzt gab's nur noch ein BIP-Wachstum von rund 1,4 %. Das war der schlechteste Wert seit dem Finanzkrisenjahr 2009 und liegt auch unter dem Durchschnitt der OECD-Länder. Das BIP pro Kopf liegt noch bei unter 35.000 US-Dollar und ist damit deutlich niedriger als hierzulande.

Der Exportschlager schlechthin ist die Elektronik – und da im besonderen Halbleiter und Speicherchips. Beide sind zuletzt in weniger großer Zahl gebraucht worden. Hier machte sich auch die Flaute des wichtigsten Handelspartners China bemerkbar. Dadurch brachen die Exporte im vergangenen Jahr spürbar ein, worunter allen voran die großen Elektronikkonzerne Samsung Electronics und SK Hynix gelitten haben.

Doch der Wind hat sich hier mittlerweile wieder gedreht. Die südkoreanischen Autobauer haben zudem den Switch auf die

Dos and Don'ts Südkorea

- ▶ Zeigen Sie Achtung und Respekt gegenüber Südkorea und Ihren Geschäftspartnern und bauen Sie eine gute Beziehung zu ihnen auf.
- ▶ Kümmern Sie sich bei Besuchen der südkoreanischen Partner in Deutschland um diese auch nach Feierabend und laden Sie sie zum Essen ein.
- ▶ Lassen Sie sich möglichen Partnern durch Dritte vorstellen.
- ▶ Reagieren Sie schnell auf Anfragen. Lassen Sie sich aber nicht zu sehr vom Aktionismus der Südkoreaner anstecken.
- ▶ Verlieren Sie nie die Geduld und lassen Sie immer „die Türe offen“, auch wenn keine zeitnahen Ergebnisse realisiert wurden.
- ▶ Zeigen Sie regelmäßige persönliche Präsenz in Südkorea.

vielen industrienahen Service-Leistungen ist Südkorea weltweit bekannt für seine TV-Serien, gleiches gilt für die Popkultur (K-Pop).

Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik

Häufig ist vom Wirtschaftswunder Südkorea die Rede. Und es ist tatsächlich beeindruckend, wie das Land von einem Tigerstaat zu einer der weltweit führenden Volkswirtschaften aufgestiegen ist. Die Corona-Delle hat Südkorea postwendend wieder aufgeholt. Schon 2021 war die Lücke geschlossen. In den vergangenen beiden Jahren hat die stark exportorientierte Wirtschaft dann allerdings unter der Abkühlung der Weltkonjunktur gelitten – und darunter, dass die Aufholjagd beim Konsum

E-Autoproduktion augenscheinlich gut geschafft. Darauf deuten jedenfalls die stark steigenden Exportzahlen hin. Schon 2021 haben heimische Autokonzerne wie Hyundai und Kia zum ersten Mal mehr Autos produziert als Deutschland. Auch aus dem Schiffsbausektor und dem Maschinenbau kamen zuletzt positive Impulse.

Für die Gesamtwirtschaft prognostiziert der Internationale Währungsfonds 2024 wieder ein Wachstum von 2,2 %. Südkoreas Arbeitslosigkeit ist bereits im Jahr 2022 wieder auf unter 3 % gesunken, was praktisch Vollbeschäftigung bedeutet. Von den Höchstwerten (knapp 7 %) in Folge der Asien-Krise Ende der 90er Jahre hatte man sich ohnehin wieder schnell heruntergearbeitet.

Künftig droht dem Land wegen der Überalterung jedoch ähnlich wie Deutschland ein Fachkräfte-Mangel. Die Regierung hat darauf vor einiger Zeit mit einem Vorhaben reagiert, die maximale Wochenarbeitszeit auf 69 (!) Stunden hochzuschrauben, was aber scheiterte.

Als Schattenseiten dieser effizienz- und disziplingetriebenen Wirtschaft samt Bildungswesen sind allerdings Depressions- und Selbstmordrate hoch, auch die (wirtschaftliche) Ungleichheit zwischen Männern und Frauen ist noch groß. Die Geburtenrate gehört mit 0,8 Kindern pro Frau zu den niedrigsten auf der Welt, wodurch die Bevölkerung schrumpft und die Demografie auf den Kopf gestellt wird. 2050 könnten 40 % der koreanischen Bevölkerung älter als 65 Jahre sein. Zuwanderung gibt es auch aufgrund der geografischen Lage kaum. Dafür gilt das Gesundheitswesen als exzellent.

Die konservative Regierung setzt zudem anders als die Vorgänger auf starke Deregulierung und Steuererleichterungen. Allerdings sind die Spielräume beschränkt. So ist Südkoreas Staatsverschuldung in den vergangenen 25 Jahren nahezu kontinuierlich von sehr niedrigen 8 % auf über 50 % des BIP angestiegen. Präsident Yoon will die für koreanische Ver-

hältnisse ausufernden Staatsausgaben wieder deutlich zurückfahren. Doch nach dem Wahlausgang mit hoher Beteiligung sieht sich Yoon einer starken Opposition gegenüber und kann praktisch keine Alleingänge mehr durchbringen.

Außenhandel mit Deutschland und der Welt

Südkorea ist aufgrund seiner geringen Landesgröße und der florierenden Wirtschaft so offen wie nur wenige Staaten. Zuletzt war die Republik der sechstgrößte Exporteur auf der Welt, nur sieben Nationen führten noch mehr Waren und Dienstleistungen ein. Allen voran hohe Rohstoffpreise haben dazu geführt, dass Südkorea 2022 ein Handelsbilanzdefizit von knapp 50 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet hatte – der bis dato höchste Wert. Im Jahr zuvor war der Saldo noch deutlich positiv. Auch Deutschland erwirtschaftet mit den Asiaten einen hohen Exportüberschuss, der allen voran auf der Ausfuhr von Kfz-(Teilen) und Maschinen beruht. Zu den wichtigsten Handelspartnern zählen neben China, den USA und Japan auch Vietnam.

Hauptimportgüter (in Prozent der Gesamteinfuhr 2021)

Elektronik	15,5
Erdöl	10,9
Chemische Erzeugnisse	10,7
Maschinen	9,2
Rohstoffe (ohne Brennstoffe)	7,0

Quelle: Germany Trade & Invest

Aussichten

Südkorea ist zuletzt wirtschaftlich an Grenzen gestoßen und befindet sich in einer geopolitisch komplizierten Lage – allen voran aufgrund der kontinuierlich wachsenden Spannungen zu Nordkorea. Dennoch hat das asiatische Land in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gezeigt, dass es sich gerade in Krisensituationen neu erfinden kann.

Gelingt dies auch künftig, bessert sich das Verhältnis zu Pjöngjang wieder und findet Südkorea passende Antworten auf den demografischen Wandel, wird auch in Zukunft weiter mit dem G-20-Staat zu rechnen sein.

Eckdaten für den Export nach Südkorea

Bevölkerung:
51,74 Millionen

Hauptstadt:
Seoul

Währungseinheit:
1 Won = 100 Chon
ISO-Code: KRW

Wichtige Feiertage:
01. Januar Neujahr
09. bis 11. Februar Neujahrsfest
nach dem Mondkalender (Seollal)
15. Mai Buddhas Geburtstag
06. Juni Heldengedenktag
15. August Unabhängigkeitstag
03. Oktober Tag der
Staatsgründung
25. Dezember Weihnachten

Zollflughäfen:
Busan, Jeju, Seoul

Wichtige Seehäfen:
Busan, Incheon, Gunsan, Kwangyang,
Mokpo, Pohang, Ulsan, Yeosu

Korrespondenzsprachen:
Englisch, Koreanisch

Zolltarif (für Nicht-EU-Waren):
Harmonisiertes System, Verzollung nach dem Transaktionswert.

Zahlungsbedingungen und Angebote:
Zahlung gegen unwiderrufliches, bankbestätigtes Dokumentenakkreditiv ratsam. Fakturierung in EUR oder USD.

Euler Hermes Länder-Klassifizierung:
./.

Hinweis: Bei mit ./ markierten Ländern handelt es sich um die von der OECD hinsichtlich des Risikos nicht klassifizierten Hocheinkommensländer der OECD und der Eurozone. Es gibt keine OECD-weit gültige Entgeltkategorie. Die Entgeltberechnung erfolgt anhand eines Markttests.

Nützliche Adressen

Deutsche Botschaft Seoul

8F, Seoul Square, 416, Hangang-daero,
Jung-gu
Seoul 04637
Tel: +82 (0) 2 748-4114
info@seoul.diplo.de
<https://seoul.diplo.de>

Botschaft der Republik Korea

Stülerstraße 8/10
10787 Berlin
Tel.: 030 26065-0
cons-ge@mofa.go.kr
overseas.mofa.go.kr/de-de/index.do

AHK Korea

85, Dokseodang-ro, Yongsan-gu
Seoul 04419, Rep. of Korea
Tel.: +82 (0) 2 3780-4600
info@kgcci.com
<https://korea.ahk.de>

Aktuelle Länderinformation und einen Euro-Umrechner finden Sie in der App „VR International“, die Sie kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen können.

Die US-Wirtschaft bietet deutschen Unternehmen viele Chancen für langfristige Investitionen

Äußerst gut gelaunt blicken die in den USA aktiven deutschen Unternehmen in das Jahr 2024. So sieht es jedenfalls der aktuelle „German American Business Outlook“ der Deutsch-Amerikanischen Handelskammern. Danach erwarten 91 Prozent der befragten Unternehmen für 2024 ein Wachstum ihres Nettoumsatzes, 75 Prozent einen Anstieg ihrer Investitionen. Warum die Attraktivität der Vereinigten Staaten bei deutschen Unternehmen ungebrochen ist, erklärt Matthias Amberg von der Beratungs- und Prüfungsgesellschaft Rödl & Partner, der seit 20 Jahren in den USA tätig ist.

VR International: Herr Amberg, was macht den amerikanischen Markt so interessant?

Matthias Amberg: Zum einen ist es die wirtschaftliche Stärke. Der Markt ist groß und vielfältig, was es Unternehmen ermöglicht, verschiedene Zielgruppen anzusprechen. „Made in Germany“ ist gut angesehen, obwohl die Tendenz eher zu „Engineered in Germany – made in the USA“ geht. Viele deutsche Unternehmen sehen die USA als einen Ort, an dem sie von den neuesten Entwicklungen und Trends profitieren können, sei es in den Bereichen Technologie, Medizin oder Energie. Sie profitieren nicht nur von den neuesten Entwicklungen und Trends, sondern haben selbst einen Teil ihrer R&D in den USA, weil vieles hier oftmals einfach schneller und unkomplizierter umsetzbar ist. Hinzu kommt ein unternehmerfreundliches Umfeld mit derzeit vergleichsweise ähnlichen Steuersätzen wie in Deutschland, aber weniger bürokratischen Hürden als in einigen anderen Ländern. Dies erleichtert es deutschen Unternehmen, Geschäfte zu tätigen und zu expandieren.

VR International: Ist die größte Volkswirtschaft der Welt in Zeiten von geopolitischen Krisen ein eher sicherer Hafen?

Matthias Amberg: Für deutsche Unternehmen können die USA in gewisser Hinsicht als sicherer Hafen betrachtet werden, insbesondere im Vergleich zu einigen anderen Ländern mit höheren Risiken oder unsicheren wirtschaftlichen Bedingungen. Die Größe und die Stabilität der US-Wirtschaft bieten deutschen Unternehmen Chancen für langfristige Investitionen und Geschäftsaktivitäten. Dennoch ist es wichtig zu beachten, dass kein Markt und keine Volkswirtschaft völlig immun gegen Risiken ist.

VR International: Wie beurteilen Sie den Inflation Reduction Act (IRA), der Milliardenhilfen für Klima-Technologien vorsieht?

Matthias Amberg: Der IRA kann insbesondere für Mittelständler eine Chance sein, sich auf innovative Produkte und Dienstleistungen im Bereich der erneuerbaren Energien, Energieeffizienz oder auch des klimabezogenen Transportwesens zu spezialisieren und von einer steigenden Nachfrage in diesem Bereich zu profitieren. Auf der anderen Seite können bestimmte protektionistische Maßnahmen und Einschränkungen für ausländische Unternehmen Nachteile mit sich bringen, die nicht in den USA ansässig sind oder die über begrenzte Ressourcen verfügen, um die Anforderungen des Programms zu erfüllen. Die Beantragung und Inanspruchnahme von Fördermitteln kann zudem mit bürokratischen Hürden verbunden sein, insbesondere für kleinere Unternehmen mit begrenzten Ressourcen und geringen Erfahrungen im Umgang mit staatlichen Programmen.

VR International: Gibt es weitere Förderprojekte von denen deutsche Unternehmen profitieren können?

Matthias Amberg: Ja, neben dem IRA gibt es verschiedene Programme und Initiativen zur Förderung sauberer Energiequellen und Energietechnologien. Deutsche Unternehmen, die in diesen Bereichen tätig sind, können in den Genuss von Fördermitteln und Steuervergünstigungen kommen. Hinzu kommen Forschungs- und Entwicklungsprogramme, von denen deutsche Unternehmen über Partnerschaften mit US-Forschungseinrichtungen und Universitäten profitieren können. Zudem sind große Investitionen in Straßen, Brücken, Schienen, Flughäfen, Wasser- und Energieversorgung sowie Breitbandnetze geplant. Auch bieten einzelne Bundesstaaten und Gemeinden interessante Ansiedlungs- und Förderprogramme an.

Interview mit ...

Matthias Amberg
Partner der Beratungs- und Prüfungsgesellschaft Rödl in den USA, spezialisiert auf Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung deutschsprachiger, familiengeführter Mittelständler.



Mail: matthias.amberg@roedlusa.com

VR International: Die US-Wahlen sind erst im November. Aber schon jetzt beherrschen sie auch in Deutschland die Diskussionen. Können Sie eine erste Einschätzung abgeben, was eine zweite Trump-Ära bedeuten würde?

Matthias Amberg: Eine zweite Amtszeit von Donald Trump könnte weitere Unsicherheiten im internationalen Handel mit sich bringen, insbesondere im Hinblick auf seine protektionistische Handelspolitik und die Nutzung von Zöllen als Druckmittel in Handelsstreitigkeiten. Dies könnte zu höheren Kosten für deutsche Exporteure führen und die Handelsbeziehungen belasten. Auf der anderen Seite könnten bestimmte Maßnahmen von Donald Trump, wie Steuersenkungen oder Deregulierungen, die Attraktivität der USA als Standort für Unternehmen erhöhen. Insgesamt ist es wichtig anzumerken, dass deutsche Unternehmen eine Investition in den USA üblicherweise langfristig auslegen und automatisch verschiedene Präsidentschaften durchleben. Und dann sind da ja auch noch die Midterm Elections, die ungefähr in der Mitte der Amtszeit des Präsidenten abgehalten werden und deren Ausgang durchaus die Präsidentschaft beeinflussen können. Unternehmen sollten sich darauf vorbereiten, flexibel zu sein und sich an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen, unabhängig davon, wer die Präsidentschaftswahlen gewinnt.

Mexiko als krisensicherer Produktionsstandort

Nearshore ist ursprünglich eine Bezeichnung aus der Offshore-Windenergiebranche, wenn die Windräder in Küstennähe und nicht auf hoher See ihre Flügel drehen. Inzwischen wird damit auch die Verlagerung von Produktionsstätten in die Nähe zum Absatzmarkt umschrieben, um Wertschöpfungsketten kürzer und robuster aufzustellen.

Das gilt vor allem für Mexiko mit seiner 3.000 Kilometer langen Grenze zu den USA, das wie kein anderes Land vom Trend zum so genannten „Nearshoring“ lebt. Für das Jahr 2024 wird zwar erwartet, dass das lokale Wirtschaftswachstum aufgrund einer geringeren Nachfrage aus dem Ausland moderat ausfällt. Dennoch sind Ökonomen davon überzeugt, dass das Land vor allem aufgrund seiner dynamischen Fertigungsbranche weiterhin von diesem Trend profitiert.

Mexiko wird vor allem von deutschen Autoherstellern zum Teil schon seit Jahrzehnten als Produktionsstandort genutzt. So baute Volkswagen den klassischen Käfer lange nur noch in Mexiko. Längst sind die anderen deutschen Autohersteller nachgezogen und mit ihnen die gro-

ßen Zulieferer wie Continental, Bosch, ZF Friedrichshafen, Dräxlmaier und Leoni. Mexiko, das zu den am stärksten industrialisierten Ländern Lateinamerikas gehört, hat sich zum siebtgrößten Automobilproduzenten der Welt und viertgrößten Hersteller von Kfz-Teilen entwickelt.

„NAFTA-Highway“ in die USA

Statt Verbrenner rollen hier immer mehr Elektroautos vom Band. Daneben setzt das Land auch auf Industriezweige aus dem Elektrobereich und der Luft- und Raumfahrt. Als explizite Wachstumsbranchen gelten darüber hinaus Energie, Maschinenbau und der Gesundheitssektor.

„Viele Unternehmen wollen ihre Produktion diversifizieren und kommen nach Mexiko“, erklärte Alberto de Icaza, Head of External Affairs Mexico bei der ZF Friedrichshafen AG, jetzt in einem Gespräch mit der deutschen Gesellschaft für Außenwirtschaft (GTAI). Ausschlaggebend dafür seien steigende Lohnkosten in China und die Probleme

in den Lieferketten während der Pandemie.

So denken inzwischen viele Unternehmen, nicht nur die großen Konzerne. Denn die Reallöhne haben sich in China seit 2008 mehr als verdoppelt, in Brasilien stiegen sie dagegen nur um rund 30 %. Das lateinamerikanische Land ist in den vergangenen Jahren zu einem regelrechten Hotspot für viele Unternehmen, darunter auch zahlreiche Mittelständler, geworden. Etwas über 2.000 deutsche Unternehmen sitzen bereits in Mexiko und investieren zum Teil kräftig.

Mexiko ist mit seinen rund 126 Millionen Einwohnern nicht nur selbst ein interessanter Absatzmarkt. Es lockt vor allem mit der Nähe zu den USA. Als „NAFTA-Highway“ wird die Straße bezeichnet, auf der die Waren von Mexiko zum größten Verbrauchermarkt der Welt befördert werden.

Schon seit dem Jahr 1994 profitiert Mexiko von dem Freihandelsabkommen mit seinem nördlichen Nachbarland und Kanada, das die Türen zu diesen Märkten weit geöffnet hat.



Seither haben sich unzählige Industriebetriebe in Mexiko niedergelassen, auch viele deutsche Unternehmen, die in Mexiko inzwischen prägender sind als in Lateinamerikas größter Volkswirtschaft Brasilien. Das NAFTA-Abkommen ist nur eines von vielen. Mexiko hat inzwischen 13 Freihandelsabkommen mit 50 Ländern unterzeichnet, ist Mitglied in der WTO, der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC), der G-20, der Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) sowie der Pacific Alliance. Damit gehört das Land heute zu den weltweit offensten Märkten.

„Sicherer Hafen“ Mexiko angesichts geopolitischer Spannungen

Auch die geopolitischen Spannungen haben dafür gesorgt, dass Mexiko immer mehr als eine Art sicherer Hafen gesehen wird. So haben ausländische Firmen ihre Investitionen laut einer Umfrage der Banco de Mexico um rund 50 % als Reaktion auf die angespannten Handelsbeziehungen zwischen den USA und China sowie die erhöhten lokalen Wertschöpfungsvorgaben mit dem NAFTA-Nachfolgeabkommen USMCA gesteigert.

Denn um ihre Waren zollfrei in ein anderes USMCA-Partnerland ausführen zu können, müssen Unternehmen aus

der Automobilindustrie einen höheren lokalen Wertschöpfungsanteil erfüllen. So gilt etwa für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge seit dem 1. Juli 2023 ein regionaler Wertschöpfungsanteil von mindestens 75 %, gegenüber 62,5 % unter dem alten NAFTA-Vertrag. Ein Grund, warum auch immer mehr Zulieferer sich in Mexiko niederlassen.

Wie stark das Interesse an einem Standort in Mexiko zugenommen hat, verdeutlichte Sergio Argüelles. Der Präsident des Wirtschaftsverbandes AMPIP teilte kürzlich mit, dass 97 % der Industrieparks belegt seien – ein Rekordergebnis. „Die Entwicklung ist eine Folge davon, dass die internationalen Unternehmen ihre Produktionsstätten immer mehr nach Mexiko verlagern.“

Zudem ist das Land aufgrund seiner Nähe zu Brasilien und seinem Zugang zum Atlantik und dem Pazifik ein hervorragender Ausgangspunkt für den Export. Auch ein unternehmensfreundliches Wirtschaftsumfeld, in dem ausländische Investoren teilweise begünstigt werden, macht den Standort interessant. Zahlreiche Kommunalverwaltungen fördern einen ausländischen Standort mit Steuerermäßigungen und reduzierten Kosten für bestimmte Einkäufe oder Dienstleistungen.

Die Unternehmen profitieren von den gut ausgebildeten und im Vergleich zu

den USA günstigen Arbeitskräften. Vor allem im technischen Bereich ist bei den Mitarbeitern mittlerweile ein breites Know-how vorhanden.

Bundesstaat Jalisco hat sich zu einem „Silicon Valley“ entwickelt

In Deutschland wenig bekannt ist, dass sich der Bundesstaat Jalisco zu einem vielversprechenden Zentrum für Technologieunternehmen und Start-ups entwickelte und bereits den Spitznamen „Mexikos Silicon Valley“ trägt. Mehr als 700 Hightech-Unternehmen wie Oracle, HP, Motorola und IBM haben sich dort niedergelassen – auch Bosch und Porsche Digital gehören dazu.

Trotz aller Vorteile stellen die störungsanfällige Stromversorgung, die Korruption und die Sicherheitslage in Mexiko die Unternehmen vor echte Herausforderungen. Von Letzterem betroffen sind vor allem die an die USA angrenzenden Bundesstaaten sowie das Zentrum des Landes mit den Bundesstaaten Guanajuato, Michoacán, Jalisco und Estado de México.

Neben dem Drogenhandel stellen auch Überfälle auf Lkw ein Sicherheitsproblem dar, wovon auch deutsche Unternehmen betroffen waren. Insbesondere die Strecke zwischen der Hafenstadt Veracruz und Mexiko-Stadt gilt als anfällig.



Digitale Plattform „VR International“: Mehrwert für Ihre internationalen Geschäfte

Die App „VR International“, die das monatlich erscheinende Fachmagazin ergänzt, können Sie sich kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen.



IMPRESSUM

Herausgeber: DG Nexolution eG
Redaktion: MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG
Rudolfstr. 22-24, 60327 Frankfurt am Main
Objektleitung: Andreas Köller, DG Nexolution eG, E-Mail: andreas.koeller@dg-nexolution.de
Verlag: DG Nexolution eG
Vertreten durch den Vorstand: Peter Erlebach (Vorsitzender), Marco Rummer (stellvertretender Vorsitzender), Dr. Sandro Reinhardt
Leipzig Str. 35, 65191 Wiesbaden

Druck und Versand: Görres-Druckerei und Verlag GmbH, Niederbieberer Str. 124, 56567 Neuwied
Bildnachweis: Shutterstock, Hyundai
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der DG Nexolution eG zulässig.
ISSN 2195-206X
VR International erscheint monatlich und ist bei Volksbanken und Raiffeisenbanken erhältlich.
Redaktionsschluss ist jeweils vier Wochen vor Erscheinungstermin.
Für die Richtigkeit und Vollständigkeit keine Gewähr.